

Antrag 32/I/2021**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Auszubildende und Studierende nicht in der Krise sitzen lassen!**

1 Das Studium wird gerne als die schönste Zeit des Lebens
2 romantisiert. Freiräume nutzen, sich ausprobieren, über
3 sich hinauswachsen, Erfahrungen sammeln und viel ler-
4 nen – gerade für das Leben. Was für einige so verlockend
5 klingen mag, ist spätestens seit der Bologna-Reform,
6 durch welche die Hochschulen Student*innen im Zulas-
7 sungsverfahren selbst auswählen, obwohl dies im Grund-
8 gesetz verboten wird, keine Realität mehr. Leistungsdruck
9 und die Ökonomisierung des Studiums nehmen viel Freu-
10 de. Die Corona-Krise hat der Gesamtsituation noch eine
11 Krone aufgesetzt. Unzählige Studierende haben durch die
12 Kontaktbeschränkungen und Eindämmungsmaßnahmen
13 ihre oftmals ohnehin schlecht bezahlten Studierenden-
14 und Aushilfsjobs verloren. Vor der Pandemie haben cir-
15 ca zwei Drittel ihr Studium mit Nebenjobs finanziert. Da
16 Branchen wie die Gastronomie, in denen häufig Studie-
17 rende tätig sind, besonders hart getroffen sind, haben vie-
18 le nun kaum eine Finanzierungsmöglichkeit. Die anfängli-
19 chen Geldtöpfe für Studierende wie z. B. durch das Studie-
20 rendenwerk oder die Studienkredit-Überbrückungshilfe
21 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, wa-
22 ren viel zu gering und sind schon längst erschöpft. Mit
23 dem Semesterwechsel im Frühjahr 2021 steht die Zahlung
24 des Semesterbeitrages wieder an und noch immer sind
25 viele Studierende in finanzieller Not.

26
27 Zwar sind im Vergleich zu Studierenden Auszubildende in
28 deutlich mehr Branchen zu finden, welche unterschied-
29 lich stark von der Pandemie betroffen sind, doch die fi-
30 nanzielle Not droht an vielen Stellen. Durch die Corona-
31 Krise gehen zahlreiche Arbeitnehmer*innen in Kurzar-
32 arbeit und davon bleiben Auszubildende nicht ausgenom-
33 men. In den ersten 30 Tagen der Kurzarbeit wird Auszu-
34 bildenden die volle Ausbildungsvergütung gezahlt, doch
35 im Anschluss kann der Betrieb auch hier Kurzarbeiter*in-
36 nengeld beantragen und folglich reduziert sich das Ein-
37 kommen der Auszubildenden. Eine Alternative ist in eini-
38 gen Fällen, dass die Ausbildungsverträge geändert wer-
39 den und eine Abmachung über eine verringerte Stunden-
40 anzahl getroffen wird. Die Folge auch hier: weniger Vergü-
41 tung. Doch die Ausbildungsvergütung ist auch schon vor
42 der Krise in vielen Fällen unzureichend gewesen. Die be-
43 stehenden finanziellen Probleme verschärfen sich durch
44 die Corona-Krise zunehmend.

45

Wir fordern:

- 47 • Für die Zeit der Pandemie sollen Bafög und Auzu-
48 bildendenbeihilfe für alle Studierenden bzw. Aus-

Empfehlung der Antragskommission**Erledigt bei Annahme Antrag 31/I/2021 (Konsens)**

49 zubildenden geöffnet werden. Diese Zahlung soll
50 als Vollzuschuss, also darlehensfrei, auch rückwirkend für die vergangenen Corona- Semester und -
51 Halbjahre ausgezahlt werden.
52

- 53 • ein Aufstocken der Corona-Hilfen des Landes Berlin
54 um weitere fünf Mio. für Studierende in Not
- 55 • Auszubildende vor Kurzarbeit und Kurzarbeiter*in-
56 nengeld schützen.
- 57 • Wir halten weiterhin an unserer Forderung fest, das
58 Bafög und die Mindestausbildungsvergütung so an-
59 zuheben, dass Studierende und Auszubildende in
60 Würde davon leben können.

61

62 Die finanzielle Not sorgt unter Auszubildenden und
63 Studierenden für zunehmende Unsicherheit und damit
64 verbundene Sorgen sowie psychischen Stress. Gepaart
65 wird dieser Stress mit Zukunftssorgen. Es wurden nicht
66 nur weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen, auch
67 wissen fast 40 Prozent der Azubis selbst im letzten Jahr
68 noch nicht, ob sie übernommen werden können. Selbst
69 wenn es eine Übernahmezusage gibt, werden knapp 30
70 Prozent der Azubis nur befristet übernommen. Die Situa-
71 tion der Studierenden ist nicht besser. Einige Studierende
72 haben und werden ihr Studium abbrechen bzw. pausieren
73 müssen, um ihr Leben weiterhin finanzieren zu können.
74 Andere versuchen, ihr Studium so gut es geht aufrecht zu
75 erhalten und weiter zu verfolgen. Doch Vorlesungen, Un-
76 terricht und Seminare mussten über Nacht mehr schlecht
77 als recht in digitale Formate umgewandelt werden.

78

79 Digitale Lehre ist an vielen Unis und berufsbildenden
80 Schulen bisher ein Novum. Studierende bleiben hierbei
81 auf der Strecke. Der Wegfall einiger Module bzw. die Un-
82 möglichkeit, sie anzubieten, verzögert in vielen Fällen den
83 Studienverlaufsplan und somit den Abschluss der Stu-
84 dierenden. Eine Studie in 25 Ländern zeigt, dass über
85 die Hälfte der Studierenden besorgt ist, ihre Studienzie-
86 le dadurch nicht zu erreichen. Auszubildende haben ähn-
87 liche Probleme, da berufsbildende Schulen und ebenso
88 Betriebe häufig nur sehr unzureichend technisch ausge-
89 stattet sind, um den Distanzunterricht in gleicher Quali-
90 tät fortführen zu können. In einigen Fällen entfällt er so-
91 gar ganz. Gleiches gilt für die betrieblichen Teile der Aus-
92 bildung: Durch Kurzarbeit und den Wegfall von Aufträ-
93 gen etc. gibt es weniger zu tun und damit auch weni-
94 ger zu lernen. Hierdurch entsteht die Gefahr, dass Aus-
95 bildungsinhalte nur unzureichend vermittelt werden kön-
96 nen und damit der Abschluss gefährdet wird. Neben der
97 fehlenden Vermittlung von Ausbildungsinhalten erhöhen
98 die Kurzarbeit, ähnliche Regelungen oder der Unterrichtsausfall auch die Fehlzeiten. Diese Fehlzeiten wiederum
99 werden für die Abschlussprüfung angerechnet. Überstei-
100 gen sie zehn Prozent der Arbeits- und Schulzeit, kann eine
101

102 Zulassung zur Abschlussprüfung gefährdet sein.

103

104 **Wir fordern:**

- 105 • Damit die Ausbildungskrise nicht zur Corona-Krise
106 wird, sollen in den landeseigenen Unternehmen
107 weitere Ausbildungsplätze geschaffen werden. Dar-
108 über hinaus sprechen wir uns für eine Ausbildungs-
109 garantie aus
- 110 • Die Universitäten bzw. jeweiligen Institute und be-
111 rufsbildenden Schulen müssen gewährleisten, dass
112 alle Studierenden und Auszubildenden die notwen-
113 dige technische Ausstattung zur Teilhabe am Un-
114 terricht und Studium sowie an den Prüfungen zur
115 Verfügung haben. Dies kann über das Bereitstel-
116 len von Endgeräten (Ausleihe von z. B. Laptops) oder
117 die bevorzugte Vergabe von Computerarbeitsplät-
118 zen in (Hoch-)Schulgebäuden an bedürftige Azubis
119 bzw. Studierende sichergestellt werden. Hierfür sol-
120 len den Hoch- und berufsbildenden Schulen die fi-
121 nanziellen Mittel gestellt werden.
- 122 • schnellerer Abfluss der Mittel aus dem DigitalPakt
123 für Berufsschulen und Aufstocken des Technikfonds
124 für die Berliner Hochschulen
- 125 • Die berufsbildenden Schulen und Universitäten
126 müssen den Distanzunterricht sicherstellen. Hierzu
127 müssen in der Bildungsstätte die notwendigen Vor-
128 aussetzungen geschaffen werden, sodass Lehren-
129 de entweder aus der Bildungsstätte die Lehrinhalte
130 vermitteln können oder ihnen muss die entspre-
131 chende Ausstattung gestellt werden, um dies aus
132 dem Homeoffice tun zu können.
- 133 • Betriebe, in denen Beschäftigte und Auszubildende
134 mitbestimmen dürfen, investieren mehr in die
135 betriebliche Ausbildung, die Ausstattung und
136 die Übernahme von Auszubildenden. Gerade in
137 Zeiten der Corona-Pandemie, wo viele Betriebe
138 sich umstrukturieren, bedarf es an betrieblicher
139 Mitbestimmung. Deshalb fordern wir die Stärkung
140 der betrieblichen Mitbestimmung!
- 141 • Fehlzeiten und Ausbildungsversäumnisse, die durch
142 die Folgen der Pandemie wie Kurzarbeit entste-
143 hen, dürfen nicht die Zulassung zur Abschlussprü-
144 fung gefährden.

145

146 Die Unsicherheit und psychische Belastung, die auch
147 durch Einsamkeit ausgelöst wird, werden gerade durch
148 die Prüfungsphasen noch drastischer. Hier herrscht
149 an Universitäten und Hochschulen, aber auch in Aus-
150 bildungsbetrieben keine Klarheit. Die Umsetzung der
151 Durchführung der Prüfungsleistungen in den Corona-
152 Semestern erscheint willkürlich: teils online, teils vor Ort,
153 teils gar nicht. Dies birgt nicht nur Unsicherheiten und
154 unnötige Kontaktrisiken bei Präsenzprüfungen, sondern

155 auch diskriminierende Nachteile. Für Auszubildende,
156 die aufgrund einer Vorerkrankung oder aus anderen
157 Gründen in eine Risikogruppe eingestuft werden, gibt
158 es keine klaren Regelungen. Ihre zeitweise Freistellung
159 oder die Ermöglichung von Homeoffice obliegt der indivi-
160 duellen Regelung im Betrieb und erhöht so zunehmend
161 die Unsicherheit und Angst, wie es weiter gehen kann.
162 An manchen Fachbereichen gibt es Alternativen für Stu-
163 dierende aus Risikogruppen, an anderen können sie
164 nur umständlich beantragt werden. Diese Studierenden
165 werden so häufig in die Überlegung getrieben, ob sie
166 eine Prüfung in Präsenz unter einem enormen gesund-
167 heitlichen Risiko schreiben oder eine oft benachteiligende
168 alternative Prüfungsform beantragen. Doch nicht nur
169 Studierende aus Risikogruppen müssen sich hier bislang
170 entscheiden. Universitätsleitungen kalkulieren das Risiko
171 einer Infektion und deren Folgen und wägen es gegen
172 die gegebenenfalls fachlichen Vorteile einer Präsenzprü-
173 fung ab. Diese Abwägung über die Unversehrtheit des
174 Lebens darf nicht sein.

175

176 Nur eine Planung der kommenden Semester und der Prü-
177 fungsformate in digitaler Form bietet die nötige Sicher-
178 heit, sich auch frühzeitig um eine gelungene Umsetzung
179 zu bemühen und weitere psychische Belastungen einzu-
180 dämmen.

181

182 **Wir fordern:**

- 183 • Landesweit einheitliche Regelungen über Prüfungs-
184 anforderungen in Pandemiezeiten, die niemanden
185 benachteiligen (weder durch ein Gesundheitsrisiko
186 noch durch die technische Ausstattung) und berück-
187 sichtigen, ob Präsenz-Prüfungen im Verhältnis ste-
188 hen zu dem Corona-Infektionsrisiko. Diese sollen
189 langfristig planbar und daher, wann immer mög-
190 lich, in digitaler Form durchgeführt werden. Auch
191 soll es für Lehrkräfte möglich bleiben, auf indivi-
192 duelle Situationen der Studierenden einzugehen,
193 wenn nötig, damit alle die digitalen Semester so gut
194 wie möglich bestreiten können.
- 195 • Einheitliche, übergreifende Regelungen, die gleich-
196 wertige Prüfungen für alle festlegen, für Studieren-
197 de und Auszubildende aus Risikogruppen und sol-
198 che, die mit Menschen aus Risikogruppen zusam-
199 menleben. Durch digitale Prüfungsformate kann eine
200 Benachteiligung über das Gesundheitsrisiko aus-
201 geschlossen werden. Sind diese Formate nicht für
202 alle und in großem Umfang umsetzbar, muss eine in
203 Bezug auf Zeit, Vorbereitung und Aufgabenstellung
204 gleichwertige Prüfung gestellt werden.
- 205 • Werden (Abschluss-)Prüfungen aufgrund der Coro-
206 napandemie verschoben, muss gewährleistet sein,
207 dass das Ausbildungsverhältnis für diesen Zeit-

208 raum verlängert wird und so keine Nachteile entste-
209 hen. Ebenso darf sich durch den verschobenen Prü-
210 fungszeitraum nicht die Zahl der benötigten Fach-
211 semester erhöhen. Ein Ausfall von Prüfungen oder
212 eine langfristige Verschiebung um mehrere Mona-
213 te oder gar ein Jahr ist unbedingt zu vermeiden und
214 darf nur in Ausnahmefällen erfolgen.

- 215 • Eine Verlängerung des Schutzschirms bezüglich der
- 216 Freiversuchsregelungen für die nächsten Corona-
- 217 Semester und für alle Wiederholungsprüfungen aus
- 218 den vorherigen Semestern.
- 219 • Die erneute Aussetzung der Regelstudienzeit für
- 220 weitere Corona-Semester.

221

222 Studierende und Auszubildende werden in der Corona-
223 Krise als stille Teilhaber*innen aus dem WG- oder Kinder-
224 zimmer nicht gesehen – es ist wichtig, dass wir auch diese
225 in der Krise unterstützen und Sicherheiten geben. Finanzi-
226 elle Unterstützungen und Sichern eines fairen und plan-
227 baren Studierens und der Ausbildung sind erforderlich –
228 Maßnahmen müssen endlich festgezurrert werden.